

Internationale Nachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **162 (1996)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Österreich

Diskussion

«Frauen zum Bundesheer»

Im März 1996 wurde im Koalitionsübereinkommen der Regierungsparteien SPÖ und der christlichsozialen ÖVP erstmals der Forderung, Frauen den Zugang zum Bundesheer zu ermöglichen, entsprochen. Dies kommt im Abschnitt «äussere Sicherheit» deutlich zum Ausdruck, in dem es wörtlich heisst: «Die Regierungsparteien werden den Frauen gleichberechtigte Möglichkeiten von Berufskarrieren – auf freiwilliger Basis – beim Bundesheer eröffnen. Der Bundesminister für Landesverteidigung wird darüber gemeinsam mit der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten innerhalb eines Jahres berichten.»

Bereits seit 1993 wird in Österreich eine Grundsatzdiskussion über die Aufnahme von Frauen als Soldatinnen in das österreichische Bundesheer geführt. Seit Beginn der zweiten Republik besteht zwar in Österreich verfassungsrechtlich verankert die allgemeine Wehrpflicht, diese wird jedoch – ebenfalls verfassungsrechtlich definiert – nur von männlichen Staatsbürgern tatsächlich eingefordert. In der österreichischen Armee treten Frauen deshalb vorerst nur als Zivilpersonen in Erscheinung, wenngleich ihr Anteil bei den Beamten und Vertragsbediensteten der Heeresverwaltung rund 15 Prozent beträgt. Immerhin 220 weibliche Bedienstete versehen ihren Dienst in Funktionen, für die eigentlich Militärpersonen vorgesehen wären.

Im Frühjahr 1993 liess die Österreichische Offiziersgesellschaft mit der Forderung aufhören, Frauen den Zugang zum Bundesheer zu ermöglichen. Dem schlossen sich weitere Vereinigungen und Gruppierungen sowie eigens gegründete Interessenvertretungen im Laufe der Zeit an, so dass sich die anfangs skeptische Haltung der Regierungsparteien langsam in Zustimmung verwandelte. Diese Haltung der Regierung entspricht durchaus auch den Vorstellungen der österreichischen Bevölkerung. So sind einer Studie des Linzer Market-Institutes nach 54 Prozent der Österreicher der Ansicht, dass im Zuge der Gleichberechtigung Frauen unbedingt die Chance gegeben

werden sollte, auf freiwilliger Basis beim Bundesheer Dienst leisten zu können. Interessant ist, dass zwei Drittel der jüngeren Frauen sich vom Dienst im Bundesheer angetan zeigen, ältere Personen weiblichen Geschlechts jedoch einen solchen Dienst mehrheitlich ablehnen. Etwa 18 Prozent der Frauen im wehrfähigen Alter könnten sich tatsächlich vorstellen, einen Dienst im Bundesheer zu versehen, wobei jedoch nur etwa 5 Prozent diese Option als «sehr interessant» sehen.

Einer der Kernpunkte der Diskussion in Österreich ist die Frage, ob Frauen auch in Kampffunktionen Dienst versehen sollen. Zwei von drei Österreichern können sich vorstellen, dass Soldatinnen durchaus auch in Kampfeinheiten dienen könnten, eine – allerdings sehr knappe – Mehrheit vertritt die Auffassung, dass Frauen der Zugang zu allen Aufgabengebieten innerhalb des Bundesheeres offenstehen sollte. Die Klärung dieser teilweise sehr emotionsbehafteten Frage wird sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Ein Zeitpunkt, wann die erste Frau tatsächlich Dienst in Uniform beim österreichischen Bundesheer versehen wird, ist derzeit noch nicht klar ersichtlich. RZE

PfP-Programm in Kraft getreten

Am 26. Februar 1996 trat nach einem Austausch von Noten zwischen NATO-Generalsekretär Solana und dem österreichischen Vizekanzler Schüssel das individuelle Partnerschaftsprogramm der Republik Österreich für die nächsten Jahre in Kraft. Bereits am 10. Februar des Vorjahres hatte Österreich die Annahmeerklärung der an alle OSZE-Staaten ergangenen Einladung zur Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden unterzeichnet. Österreich plant unter anderem die Entsendung von Stabsoffizieren zu fünf Übungen in multinational zusammengesetzte Stäbe sowie den Einsatz eines verkleinerten Bataillonsgeschwaders als Übungsleitungstruppe im Zuge mindestens einer weiteren Übung. Dazu kommt die Teilnahme einer Fliegerabwehrtruppe an einer PfP-Fliegerübung und die aktive Be-



Frauen in Uniform – bald auch beim österreichischen Bundesheer?

teilung im Bereich der zivilen Notfallplanung, insbesondere bei Such- und Rettungsdiensten einschliesslich der Planung und Abhaltung von Übungen, Workshops und Seminaren in Österreich. Die PfP-Übungen, an denen sich Österreich beteiligt, beschäftigen sich vor allem mit den Themenbereichen «Peace-Keeping», «Peace-Support Operations» sowie humanitäre und Katastrophenhilfe.

Für Österreich eröffnet sich durch das individuelle Partnerschaftsprogramm die Möglich-

keit, aktiv die Zielsetzungen der NATO-Friedenspartnerschaft zu unterstützen und so durch neue, weitreichende Formen der Zusammenarbeit die Stabilität und Sicherheit aller europäischen Staaten zu fördern. Darüber hinaus stellt das PfP-Programm eine günstige Gelegenheit dar, in einen umfassenden Dialog zum Thema Sicherheit zu treten und gleichzeitig in den politischen und militärischen Entscheidungsgremien mitzuarbeiten. RZE

Deutschland

Unklarheiten nach französischer Entscheidung über Berufsarmee

Verteidigungsminister Rühle äusserte sich nach einer Kabinettsitzung über Fragen der Verteidigungspolitik am 29.5. zurückhaltend. Ziel seiner Sicherheitspolitik sei eine «neue Bundeswehr» in einer «neuen NATO». Zu der mit Weigel vereinbarten Kürzung im Bundeswehrhaushalt von 1,4 Mia. DM nahm er nicht weiter Stellung. Rühle hat offensichtlich noch keine Zusage des Finanzministers, dass die Kürzung für 1996 sich in den kommenden Jahren nicht wiederholen wird. Durch die Abkehr Frankreichs von der Allgemeinen Wehrpflicht, die Verkleinerung und Professionalisierung seiner Armee und die Kürzung der Verteidigungsausgaben stellten sich entscheidende Fragen für die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den französischen Streitkräften. Deutschland werde am Konzept der Allgemeinen Wehrpflicht festhalten. Die Unterschiede in der Verteidigungspolitik zwischen Deutschland und Frank-

reich verstärkten sich hierdurch. Es werde dabei bleiben, dass der Konsens der deutschen Armee in ihrem Verteidigungsauftrag gesehen werde. Deutschland werde sich nie wie Frankreich auf Einsätze fern des eigenen Territoriums konzentrieren. Es sei noch nicht abzusehen, welche Auswirkungen die französische Entscheidung auf das EU-ROKORPS haben werde. Fest steht nur, dass dem Korps eine französische Division, die aber in Frankreich stationiert werde, zugeordnet bleibe. Auch in Zukunft bilde die Verteidigung die Kernaufgabe der Bundeswehr. Er wies auf den hohen Grad der Integration, insbesondere mit Holland und Frankreich, hin. An der Bereitschaft, die Fähigkeit, einen Beitrag zur internationalen Krisenbewältigung zu leisten, zu erhalten, werde nicht gerüttelt. Vorrang habe der Aufbau von schnell verfügbaren Krisenreaktionskräften bei Verzahnung mit den Hauptverteidigungskräften. Es gehe um eine «neue Verantwortungs- und Lastenverteilung» zwischen Amerika und Europa bei der Konstruktion der «neuen NATO». Tp

Verzicht auf Antipersonenminen

Minen spielen bei der Verteidigungskonzeption der Bundesrepublik Deutschland sowohl im militärischen als auch operativen und taktischen Bereich eine bedeutende Rolle. Das gilt insbesondere auch nach der Wiedervereinigung und der Veränderung der Gesamtlage durch den Wegfall des «potentiellen Gegners». Die Ausdehnung der Verteidigungserfordernis auf Gesamtdeutschland bei Verkleinerung der Streitkräfte um ein Drittel und unproportionaler Verringerung der mechanisierten Anteile hat die Bedeutung von Minen einschliesslich der Antipersonenminen noch erhöht. Dazu kommt, dass die Bundeswehr bei der Verlegung aller Minenarten an strikte Auflagen wie Minenverlegepläne, die an Ort und Stelle verbleiben und die Auffindbarkeit und Räumung auch später sicherstellen sollen, Selbstzerstörungsmechanismen, Wiederauffindbarkeitssicherheit, bei Raketen- oder Artillerieverlegung automatische oder von aussen bewirkte Zerstörung, gebunden war und ist. Gleichwohl hat die Bundeswehr offiziell künftig auf Schützenabwehrminen, die allgemein als Antipersonenminen bezeichnet werden, verzichtet. Darüber hat Verteidigungsminister Rühle Aussenminister Kinkel in einem Schreiben am 15. April informiert. Hierdurch soll ein Signal gesetzt werden, um bei der Beseitigung eines grossen weltweiten Übels voranzugehen.

Fast täglich werden wir durch Bilder, die uns durch Minen stark verstümmelte Menschen, meist Kinder, aus Ländern der Dritten Welt zeigen, geschockt. Weltweit werden in zahlreichen Kriegen und Konflikten, weil billig und leicht anwendbar, Antipersonenminen in grosser Zahl eingesetzt, ohne dass besondere Kriterien zur Wiederauffindung, Räumung und Beseitigung eingehalten werden. Das führt oft jahrelang nach Beendigung der Feindseligkeiten zu Todesfällen und Verkrüppelungen. Jährlich sind hiervon mehr als 20000 Menschen betroffen, denen meist nicht geholfen wird, soweit sie dauernd verkrüppelt bleiben.

Gegen diesen Verzicht gibt es Kritik, weil die Mine in vielen Ländern als die klassische Waffe der Unterlegenen und des Verteidigers angesehen wird. Die Chance, bei der UN-Konferenz

zur Ächtung des Einsatzes, der Produktion und des Exports von Antipersonenminen zu einem wirkungsvollen und akzeptablen Ergebnis zu kommen, ist am 3. Mai vertan worden. Es hat nicht zu einem Verbot gereicht. Der Kompromiss sieht vor: Minen dürfen in Zukunft nur aufspürbar verlegt werden. Sie müssen sich nach einer bestimmten Zeit selbst entschärfen. Die Regelung soll erst nach einer Übergangsfrist von neun

Jahren in Kraft treten. Den Vertretern der Kampagne gegen Landminen geht die Lösung nicht weit genug. Sofort nach Beendigung der Konferenz gingen die Bemühungen der Diplomaten, doch noch zu einer weitergehenden Lösung zu kommen, weiter. Eine Einigung wurde jedoch noch nicht erreicht. Widerstand gegen eine Verbotregelung kam besonders von Pakistan, China und Russland.

Tp.

Frankreich

Streitkräfteplanung bis zum Jahr 2002

Letzten Februar kündigte Präsident Chirac die wichtigste Reform für Frankreichs Verteidigungspolitik seit über hundert Jahren an. Diese zielt darauf, in den nächsten sechs Jahren die allgemeine Wehrpflicht durch eine Berufsarmee zu ersetzen und den Bereich der Verteidigungsindustrie stark zu beschneiden, um Allianzen auf europäischer Ebene zu ermöglichen.

Besser trainierte, mit mehr Kadern versehene, besser ausgerüstete Streitkräfte kosten mehr, deshalb muss ihr Umfang – im Vergleich zu den heutigen Streitkräften, die eine Mischung aus Rekruten und Berufsleuten darstellen –, verringert werden. Über Erfahrungen mit Berufssoldaten verfügt Frankreich schon: Die Gendarmen beispielsweise. Ausserdem wird weiterhin eine Reserve bereitstehen als Bindeglied zwischen Aktiven und dem zivilen Bereich.

Frankreich müsse auch in Zukunft – so der Präsident – in der Lage sein, zeitgerecht namhafte militärische Kräfte irgendwo auf der Welt einzusetzen, um seine Interessen zu verteidigen und Krisen zu meistern. Fundament bleibt die nukleare Abschreckung, die sich neu aber nur noch aus einem seegestützten Teil (4 Atom-U-Boote, wovon immer zwei im Einsatz stehen) und einer luftgestützten Komponente zusammensetzt. Somit entfallen die Lenk Waffen auf dem Plateau d'Albion sowie die inzwischen eingemotteten Hades-Lenk Waffen. Eine neue ballistische Rakete (M-51) wird allerdings die veraltete M-45 auf den nuklearen U-Booten ersetzen.

Für die Schnellen Eingreif-

truppen gilt folgender Rahmen: Über grössere Entfernungen etwa 30000 Mann auf einen Kriegsschauplatz verschieben, gleichzeitig auf einem ändern mit einem Brigadeäquivalent präsent sein. Die Luftwaffe muss dort etwa hundert Kampfflugzeuge zum Einsatz bringen können. Die Marine ihrerseits muss über je eine Seeluft- und U-Boot-Gruppe verfügen.

Die Landstreitkräfte werden so gruppiert, dass vier Typen entstehen: Die einen sind panzerstark, die ändern durch die mechanisierte Infanterie geprägt, die dritten als Schnelle Eingreiftruppe ausgebildet und andere wiederum mit vielen infanteristischen Angriffskräften ausgestattet. Diese werden die gegenwärtigen neun Divisionen ersetzen und umfassen je ca. 16000 Mann. Hinzu kommen die logistischen Formationen, die Kommandi und die Spezialkampftuppen wie die luftbeweglichen Kräfte etwa, total ca. 32000 Mann.

Die Zahl der Kader wird in der Übergangsphase wachsen, die Zahl der jetzigen Offiziere

um nicht mehr als 8% zurückgehen; bei den Unteroffizieren sind dies 11%. Für diese Leute werden Posten ausserhalb der Armee in der Zivilverwaltung bereitgestellt.

In Übersee wird bei den stationären Verbänden der Bestand reduziert, dafür werden mehr Verbände im Turnus dorthin verlegt werden.

Was das Material und die Ausrüstung anbelangt, so werden mehrere hundert Kampfpanzer Leclerc und neue Kampfhelikopter Tiger angeschafft, die durch eine feuerstarke und zielgenaue Artillerie unterstützt werden sollen.

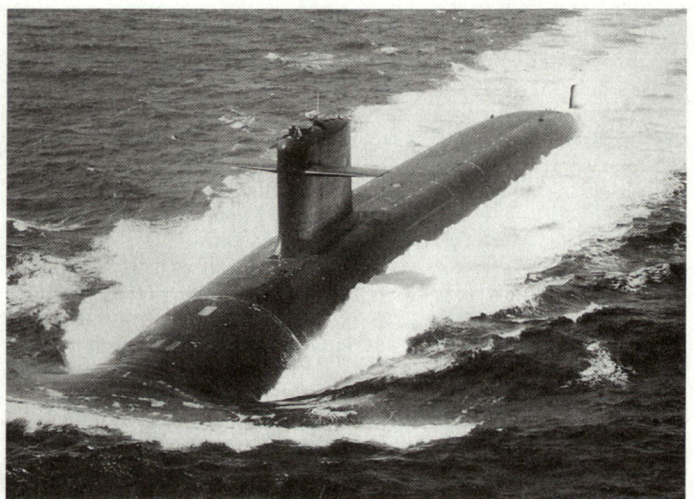
Die Marine wird später einen zweiten Flugzeugträger erhalten.

Die Luftwaffe soll verkleinert und modernisiert werden; Hauptwaffe wird der Rafale sein. Die Lufttransportkapazität wird gleich gross bleiben.

Die Berufsarmee wird um 30% kleiner als die heutigen Bestände sein. Die Landstreitkräfte werden dann zumal 170000 AdA umfassen (inklusive Zivilpersonal), aufgeteilt auf die erwähnten vier Waffengattungen mit total 85 Regimentern (heute sind es 129), 420 schweren Kampfpanzern, 350 Leichtpanzern und 180 Helikoptern.

Die Marinebestände bewegen sich dann um die 56500 Mann, die entweder zur Force océanique stratégique, zur Force de projection aéronavale oder zu den Forces sous-marines gehören: Diese verfügen über insgesamt 81 Schiffe, 3 Hawkeye-Radarflugzeuge, 6 nukleare Angriffs-U-Boote, 12 Fregatten und 22 Patrouillenflugzeuge.

70000 Mann sind der Luftwaffe zuzuzählen, die dereinst 300 moderne Kampfflugzeuge Rafale zählen wird, nebst 52



Die französischen U-Boote (Bild: Triomphant) bleiben ein wesentlicher Teil der nuklearen Abschreckung.

Transportflugzeugen, 16 Tankerflugzeugen und 84 Helikoptern. Nicht zu vergessen ist die Gendarmerie, die von heute 93 450 Mann auf 97 900 (wovon 2300 Zivilisten) aufgestockt wird, und die Services communs: Diese werden auf 39 500 Mann verkleinert.

Auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie ist ebenfalls einiges in Gang gekommen. Eine Zusammenarbeit zeichnet sich ab zwischen der französischen Matra, der britischen Aerospace (BAe) und den GEC sowie der deutschen DASA, um die französische Thomson-Gruppe zu erwerben.

Die französische Regierung hat das jährliche Verteidigungsbudget auf 185 Mia. FF für die nächsten sechs Jahre gekürzt. Dies zwingt Frankreich, auf die Entwicklung eines Transportflugzeuges (ATF/FLA) zu verzichten; 650 Mio. FF werden jedoch für die Beschaffung eines Transportflugzeuges aus Serienproduktion bereitgestellt. Frankreich hofft auf engere Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Partnern in den interessierten Ländern Europas sowie auf staatliche Unterstützung für die betroffene Industrie. Dieses Problem muss – laut dem französischen Verteidigungsminister – in den nächsten zwei Jahren geklärt werden. Bei der Tiger-Beschaffung (deutsch-französischer Kampfhelikopter) wurde die Stückzahl von 215 auf 120 reduziert und die Auslieferung um zwei Jahre hinausgeschoben.

Bei den Rafale-Kampfflugzeugen werden in einer ersten Tranche nur 45 Einheiten beschafft. Schwerwiegende Einschnitte gibt es für das Heer: Einzig 406 statt 650 Kampfpanzer Leclerc werden ihm zugestanden. Im Jahr 2015 wird daher das Heer nur noch über halbsoviet Panzer verfügen wie heute (420 statt 930).

Bei der Marine wurde der Bau des neuen Flugzeugträgers um mehrere Jahre hinausgeschoben und von der Wirtschaftslage abhängig gemacht.

Bt

Zur Marine-Infanteriedivision in Nantes

Die 9. Marine-Infanteriedivision ist Teil der Force d'Action Rapide. Dabei handelt es sich um eine bewegliche, ausbaufähige Kampfgruppe, die besonders geeignet ist für «Power-Projection-Einsätze». Sie kann nämlich zur See (ihre Spezialität),

mittels Flugzeugen oder Helikoptern oder sogar auf der Strasse über grosse Distanzen verschoben werden. Sie ist in Nordwestfrankreich stationiert: Der KP und das Stabsregiment in Nantes, das 1. Marine-Infanterieregiment in Angoulême, das 2. Marine-Infanterieregiment in Le Mans, das 3. Marine-Infanterieregiment in Vannes, das Panzerregiment in Poitiers, das 11. Marine-Artilleriesregiment in La Lande d'Oué und das 6. Marine-Genieregiment in Angers.

Die Division verfügt über 96 Radpanzerjäger AMX-10RC, 80 Radaufklärungsfahrzeuge und 370 Schützenpanzer. In den Infanterieregimentern werden die Panzerabwehrwaffen ERYX eingeführt. 18 Minenwerfer 120 mm und 24 Kanonen 155 mm TRF1 liefern die Feuerunterstützung, währenddem 24 Mistral-Lenk Waffen und die Radars Samantha den unteren Luftraum über der Division freihalten. Das Genieregiment hat kürzlich MATS (Materialien zur Herstellung der Befahrbarkeit) und MADEZ (Hilfsmittel zur Dekontamination von Gebieten) erhalten. Im Stabsregiment steht ein Sanitätsbataillon zur Verfügung. Erfahrungen aus dem Sarajewo-Einsatz sind verwertet worden.

Die Division besteht aus 4500 Freiwilligen und 2000 Kaderangehörigen: 82% sind Berufssoldaten, die hoch professionalisiert und jederzeit verfügbar sind. Zwei Drittel haben 1995 mehr als 120 Tage in Auslandseinsätzen verbracht (Afrika, Bosnien). Besonderes Augenmerk wird auf die rückwärtigen Basen gelegt. Die Division ist so gegliedert, dass ihre Komponenten bedarfsgerecht umgruppiert werden können. Im Normalfall sind dies zwei Brigaden à 3000 Mann oder 4 bis 5 Kampfgruppen. Ihre Stärke liegt beim flexiblen infanteristischen Einsatz.

Der Divisionsstab verfolgt laufend Krisen und Einsätze, um daraus Lehren für künftige Engagements zu ziehen, und übermittelt diese an alle Zellen. Neue Einsatzarten werden immer wieder geübt: Mehrfachqualifikation ist gefragt. In den letzten Jahren war die Marine-Infanteriedivision in Kambodscha, in der Golfregion, in Afrika (vor allem Ruanda und Somalia) und in Ex-Jugoslawien präsent und zeigte dort jeweils ihre Fähigkeit, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen.

Um auf Abruf bereit zu sein, wird der Nachrichtendienst forciert, um potentielle Einsatzre-



Landungsboot der französischen Marine-Infanterie.

gionen und -arten zu kennen; auch um das Umfeld besser zu erfassen.

Ein weiteres Schwergewicht für den Divisionsstab ist das Training im Kampf der verbundenen Waffen auf verschiedenen Ebenen. Alle zwei Jahre gibt es operationelle Tests im Feld für die Regimenter. Auch Simulationssysteme helfen mit: BBS, Janus, Romulus, Stivad usw.

NATO/WEU

Diskussionen über die europäische Sicherheitspolitik

In letzter Zeit hat sich die sicherheitspolitische Diskussion um Gemeinsamkeiten zwischen NATO, EU und WEU unter massgeblicher deutscher Beteiligung verstärkt. Vor allem Deutschland und Frankreich bemühen sich, ungeachtet der Widerstände der britischen Regierung, im Rahmen der Regierungsverhandlungen über eine Reform des Maastrichter Vertrages nach flexibleren Formen der Gestaltung eines Kerneuropas zu suchen. Hierin soll auch die Aussen- und Sicherheitspolitik sowie die Verteidigungspolitik eingeschlossen werden. Mit Blick auf die Erweiterung der EU auf mehr als 24 Mitgliedstaaten dürfe kein Land ein anderes am gemeinsamen Vorgehen hindern. Auf der anderen Seite sei kein Mitglied auszuschliessen. Jedes soll später die Möglichkeit haben, sich dem Geleitzug anzuschliessen. Sogar für verteidigungspolitische Beschlüsse soll das Prinzip der Einstimmigkeit aufgegeben werden. Deutschland und Frankreich denken hier an eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung mit der Möglichkeit, dass sich Staaten, die die Mehrheitsent-

Für den amphibischen Bereich wird mit der Marine und ihrer Luftwaffe zusammengearbeitet. Übungen finden hier auf Kompanie-, Regiments- und Divisionsebene in Afrika und im Nahen Osten statt. Gute Beziehungen pflegt man auch zu den britischen Royal Marines und zu den entsprechenden niederländischen Verbänden. Bt

scheidung nicht mittragen, an der Umsetzung des Beschlusses nicht beteiligen müssen. Auch soll die Gewichtung der Stimmen im Ministerrat so geändert werden, dass die Mehrzahl der kleineren Länder mit geringerem Bevölkerungsanteil die wenigen grösseren mit überwiegender Bevölkerungszahl nicht dominieren können. Eine Entscheidung hierüber ist aber noch nicht in Sicht. Eine weitere Frage ist die Verstärkung des Einflusses der EU innerhalb der NATO. Auf längere Sicht soll die WEU, die bisher ein Schattendasein führte, der bewaffnete Arm der EU werden. Deshalb wollen NATO und WEU in Zukunft stärker zusammenarbeiten. Das ist das Ziel einer Vereinbarung, die die Generalsekretäre von NATO und WEU am 5. Mai in Brüssel unterzeichnet haben. Die WEU soll sich auch an friedensstiftenden Massnahmen in Krisensituationen beteiligen. Dafür sind auch neutrale Staaten der EU wie Schweden und Finnland. Um eine doppelte Kommando- und Truppenstruktur zu vermeiden, die nicht darstellbar wäre, sollen die Strukturen der NATO für Zwecke der WEU zur Verfügung stehen. Zwischen Deutschland und Frankreich gibt es noch Meinungsunterschiede

über den Grad der Unabhängigkeit der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von der NATO und den USA. Für Deutschland bleibt die NA-

TO der Hauptsicherheitsgarant in Europa, wofür die enge Anbindung der USA mit starker Präsenz in Europa unverzichtbar ist. Tp

Ungarn

Konferenz «Streitkräfte und Gesellschaft»

Die Hanns-Seidel-Stiftung veranstaltete in Kooperation mit dem ungarischen Verteidigungsministerium und befreundeten Organisationen vom 14. bis 15. Mai eine Konferenz zum Thema «Streitkräfte und Gesellschaft». Politiker, Offiziere und Militärowissenschaftler aus Ungarn, Deutschland, Österreich, Kroatien und der Slowakei hatten sich in Budapest an der Zrinyi-Miklós-Militärakademie versammelt, um über die

verschiedenen Aspekte der Thematik vor allem aus der Sicht Ungarns zu diskutieren. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen vor allem bei der Frage der zivilgesellschaftlich-politischen Kontrolle der Streitkräfte einer Demokratie sowie der Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht. Darüber hinaus kamen aber auch Themen wie politische Verantwortung der Offiziere, die Rolle von Offiziers- und Reservistenverbänden sowie das Verhältnis zwischen Streitkräften und zivilen Vereinigungen in Ungarn zur Sprache.

RZE

Russland

Vorstellung des neuen Kampffrainers MiG-AT

Beim neuen, zweiseitigen Trainingsflugzeug MiG-AT handelt es sich um die erste russische Flugzeugentwicklung, die in Zusammenarbeit mit einem westlichen Staat erfolgt ist. Eine Reihe der eingebauten Avioniksysteme sowie die beiden Triebwerke stammen nämlich von französischen Firmen:

- von Snecma sind die beiden Turbofantriebwerke, und
- Sextant Avionique liefert wesentliche Teile der Avionikausstattung.

Haupthersteller des für die Kampfausbildung (Fortgeschrittenenausbildung) von Piloten dienenden Schulflugzeuges ist die Firma MiG-MAPO. Dazu kommt natürlich auch

eine Reihe weiterer russischer Zulieferfirmen.

Bereits im April dieses Jahres wurde die MiG-AT auf dem Flugplatz des Forschungsinstituts Gromow in Schukowski bei Moskau durch ausländische Piloten (Franzosen, Südafrikaner und Inder) getestet. Anlässlich dieser Flugtests waren auch diverse hohe russische und ausländische Militärs anwesend. Bisher steht fest, dass die MiG-AT im Verlaufe der nächsten Jahre in den russischen Luftstreitkräften die heute verwendeten Schulflugzeuge L-29 Delfin und L-39 Albatros ablösen soll. Natürlich hofft man, mit der erfolgten Integration westlicher Technologien auch neue Exportkunden zu gewinnen. Frankreich seinerseits zeigt bereits ein gewisses Interesse, und auch Indien, das bisher in seinen Luftstreitkräften grösstenteils

frühere sowjetische oder russische Flugzeuge unterhält, dürfte als Kunde in Frage kommen. Im Prinzip bestehen von diesem Flugzeugprogramm diverse Prototypen, nämlich:

- MiG-ATF, von dem hier die Rede ist und der mit französischer Avionik versehen ist,

- MiG-ATR, eine Version mit ausschliesslich russischen Avionikgeräten,

- MiG-ATV, die Version eines leichten Kampfflugzeuges, das mit dem britischen Hawk 2000 verglichen werden kann.

Die Standardversion MiG-AT hat eine Startmasse von

rund 7000 kg sowie eine maximale Geschwindigkeit von ca. 850 km/h. Das Flugzeug ist im Prinzip mit 7 Waffenstationen für eine Zuladung von 2000 kg (Kanonen, Bomben, Raketen oder Lenkwaffen) ausgerüstet.

Gemäss bisher vorliegenden Erkenntnissen soll der Haupthersteller MiG-MAPO geplant haben, in den nächsten zwei bis drei Jahren 50 Flugzeuge herzustellen: Vorerst eine Vorserie von 5 Flugzeugen, anschliessend eine Tranche von 10 Flugzeugen für Tests und Evaluationen und schliesslich 35 Trainingsflugzeuge für den Truppeneinsatz. hg

Israel

Neue Abwehrmöglichkeiten gegen Raketenbeschuss

Wohngebiete in Nordisrael wurden von schiitischen Milizen wiederholt mit ungelenkten Raketen beschossen. Damit dieser Bedrohung begegnet werden kann, sollen nun mit Unterstützung der USA neue Abwehrmittel aufgestellt werden.

Israel zeigt dabei Interesse an der Laser-Abwehrwaffe Nautilus, einer Laserkanone, die aus Kostengründen bisher in den USA nicht fertig entwickelt worden ist. Das gemeinsame Abkommen zwischen den USA und Israel sieht vor, den ersten Prototypen dieser Waffe bis Ende 1997 fertig zu entwickeln und anschliessend im Einsatz zu testen. Die angestrebte Abwehrlösung basiert auf Laserstrahlen, deren Energie die Metallhüllen von anfliegenden Raketen im Flug zum Schmelzen und gleichzeitig auch die Gefechtsköpfe zur Detonation bringt. Allerdings wird heute von Waffenspezialisten die Leistungsfähigkeit von Nautilus im Einsatz gegen ungelenkte Raketen kurzer Reichweite angezweifelt.

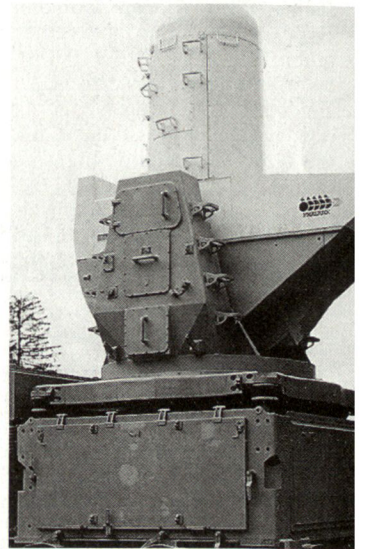
Im Rahmen der vorgesehenen Kooperation im Bereich Raketenabwehr und als Sofortmassnahme bis zur Fertigstellung des Systems Nautilus wird die USA der israelischen Armee vorerhand das Abwehrsystem Phalanx zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um ein automatisches Schnellfeuergeschütz, das bisher auf US-Kriegsschiffen zum Einsatz gelangt. Mit Phalanx werden Kriegsschiffe vor gegnerischen Luft- und Raketenangriffen geschützt, wobei die anfliegenden Waffen mittels Abwehrfeuer

vor Auftreffen am Ziel zerstört werden sollen. Die Schusskadenz eines Phalanx-Systems beträgt 4000 Schuss pro Minute, wobei auch eine Abwehr von Marschflugkörpern vorgesehen ist. Da Phalanx ausschliesslich für den Marineinsatz konzipiert worden ist, muss allerdings bezweifelt werden, ob sich der angestrebte terrestrische Einsatz erfolgreich verwirklichen lässt.

Israel soll zudem künftig von den USA noch vermehrt mit detaillierten Informationen aus der Satellitenaufklärung, insbesondere mit Daten über allfällige Raketenangriffe, beliefert werden. Ein erfolgreicher Einsatz von Abwehrwaffen gegen Raketenbeschuss lässt sich schlussendlich nur nach entsprechender Vorwarnung und dem zeitgerechten Vorliegen von aktuellen Informationen über deren Flugbahnen gewährleisten. hg



Russischer Kampfftrainer MiG-AT anlässlich einer Flugvorführung.



Abwehrsystem Phalanx. ■